

# Erstaunliche Einigkeit der Städter

Städte und Romandie sagen deutlich Ja zu Schengen/Dublin – Ländliche Gebiete sowie Innerschweiz, Ostschweiz und Tessin lehnen ab

Die städtischen Ballungszentren entscheiden die Schengen-Abstimmung zugunsten der Befürworter. Auch in der mehrheitlich ablehnenden Ost- und Zentralschweiz stimmen die Städte zu.

JÜRIG SOHM

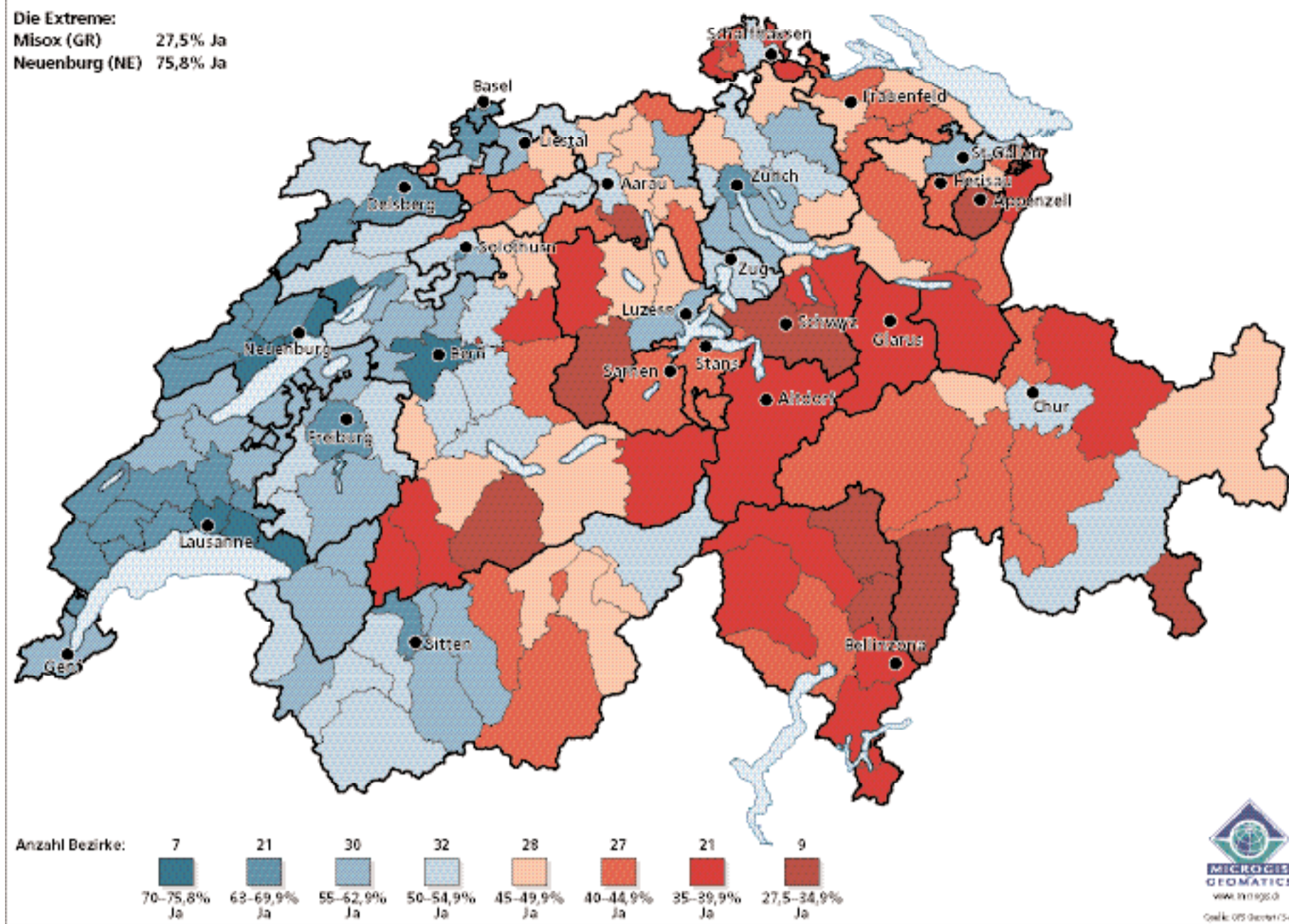
Das Ja zu Schengen/Dublin ist deutlicher ausgefallen, als in der hypernervösen Schlussphase des Abstimmungskampfs manche erwartet hatten. Mit 54,6 Prozent ist das Ja auf die Stelle hinter dem Komma genau gleich gross wie jenes zum Uno-Beitritt vor drei Jahren (siehe Kasten unten). Das deutet auf eine stabile ökonomisch-freundliche Mehrheit hin.

Auffallend ist der Graben zwischen Stadt und Land, der sich so tief wie noch selten aufgetan hat. Die Städte – auch die Kleinstädte – und ihre Agglomerationen sagten Ja und waren somit ausschlaggebend. In der Stadt Bern lag die Ja-Mehrheit bei 73,7 Prozent. Mit 67 Prozent nur wenig knapper stimmte die Stadt Zürich zu. Das könnte ein Hinweis sein, dass das von Teilen der Linken postulierte Schengen-Nein nur schwach verfangen hat. Aber auch Städte in ablehnenden Kantonen stimmten deutlich zu: Luzern mit 65 Prozent, Aarau mit 64, St. Gallen mit 60, Schaffhausen, Frauenfeld und Chur mit je 54 Prozent. Selbst in Altdorf und Glarus in der konservativen Innerschweiz gab es mit 51 und 52 Prozent Ja-Mehrheiten. 21 der 26 Kantonshauptorte stimmten zu.

## Französisch = Schengen-Ja

Zwischen Deutsch- und Westschweiz ist der Röstigraben – eine Konstante bei Öffnungsvorlagen seit der EWR-Abstimmung von 1992 – sichtbar: Alle Westschweizer Kantone stimmten deutlich zu. Neuenburg sprengte gar die 70-Prozent-Marke. Starke Zustimmung gab es auch in der Waadt (67,5 Prozent), in Genf (62,9) und im Jura (60,9). Auch das Wallis, wo wegen des konservativen Deutschschweizer Kantonsteils am ehesten mit einem Nein gerechnet worden war, stimmte mit 53,5 Prozent klar zu – auffallend ist das Ja im Goms. Die klare Zustimmung in der Romandie wird mit der Grafik nach Distrikten unterstrichen: Kein einziger Westschweizer Amts-

## JA ZU SCHENGEN/DUBLIN NACH BEZIRKEN



bezirk lehnte ab, so dass sich folgern lässt: Wer Französisch spricht, stimmte Schengen zu. Die Deutschschweizer Kantone dagegen sagten mehrheitlich Nein. Immerhin sechs – die beiden Basel, Neuenburg sprengte gar die 70-Prozent-Marke. Starke Zustimmung gab es auch in der Waadt (67,5 Prozent), in Genf (62,9) und im Jura (60,9). Auch das Wallis, wo wegen des konservativen Deutschschweizer Kantonsteils am ehesten mit einem Nein gerechnet worden war, stimmte mit 53,5 Prozent klar zu – auffallend ist das Ja im Goms. Die klare Zustimmung in der Romandie wird mit der Grafik nach Distrikten unterstrichen: Kein einziger Westschweizer Amts-

## Grenzkantone uneinheitlich

Die Grenzkantone, für die das Schengen-Sicherheitsregime von speziellem Interesse ist, folgten dem Abstimmungstrend ihrer jeweiligen Sprachregion. Die Westschweizer Grenzkantone plus Basel und Zürich stimmten zu – die Ostschweizer und das Tessin lehnten ab. Die Tessiner blieben ihrer ökonomisch-kritischen Haltung treu: Das

Tessin hatte nebst Schwyz als einziger Kanton bereits die ersten bilateralen Verträge im Mai 2000 abgelehnt und auch Nein zum Uno-Beitritt gesagt. Die Stidschweiz tut sich wegen seiner geografisch exponierten Lage zu Italien mit der Öffnung der Grenzen schwer.

Auf der anderen Seite ist im ökonomisch-freundlichen Genf weit weniger Euphorie spürbar als früher, was ebenfalls mit der Grenznahe zu erklären ist. Hatte Genf zum EWR und zu den Bilateralen I mit gegen 80 Prozent Ja gesagt, waren es zu Schengen bloss noch 62,9 Prozent Ja. Genf spürt stärker als andere Kantone die praktischen Folgen der Öffnung. So sorgt die Konkurrenz durch Arbeitskräfte

aus dem nahen Frankreich bei Arbeitnehmern und Kleinunternehmern seit einiger Zeit schon für Verunsicherung. Auffällig ist Schaffhausen, wo die starke Ablehnung entlang der Grenze durch das Ja des Kantonshauptorts gebrochen wird.

## Bern: 56,8 Prozent Ja

Der Kanton Bern sagte mit 56,8 Prozent deutlicher Ja als im landesweiten Schnitt. Am klarsten in den Ämtern La Neuveville (71,6) und Bern (70,6). Im Oberland, im Emmental und im Oberrargau behielten die Gegner die Oberhand. Am kräftigsten war die Ablehnung im Amt Frutigen mit zwei Dritteln Nein-Stimmen.

## DIE ÖFFNUNGSVORLAGEN DER LETZTEN JAHRE

### 6. Dezember 1992:

**EWR 50,3% Nein**  
 Stimmbeteiligung: 78,3 Prozent  
 Die Abstimmung über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) spaltet die Schweiz. Städte und Westschweiz unterliegen knapp. Selten hat eine Abstimmung die Schweizerinnen und Schweizer derart beschäftigt, was sich in der ausserordentlich hohen Stimmbeteiligung ausdrückt. Das Volks-Nein ist knapp, das Ständemehr ausser Reichweite: 16 Kantone sagen Nein, nur die 7 Westschweizer Stände und die beiden Basel sagen Ja. Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz spricht nach der Niederlage von einem «schwarzen Sonntag». Der Sieg gegen den EWR macht SVP-Führer Christoph Blocher zum Leader einer breiten Oppositionsbewegung, die schon bald über die Aussenpolitik hinaus wirkt.

### 12. Juni 1994:

**Blauhelme 57,2% Nein**  
 Stimmbeteiligung: 45,8 Prozent  
 Dem Bundesrat wird die Kompetenz verweigert, der Uno Blauhelmtuppen zur Verfügung zu stellen. Der SVP gelingt es, die Vorlage als Gefährdung für die Neutralität emporzustilisieren.

### 21. Mai 2000:

**Bilaterale I 67,2% Ja**  
 Stimmbeteiligung: 48,0 Prozent  
 Die Vorlage, die unter anderem die Personenfreizügigkeit mit der EU bringt und den Lastwagen-Transit regelt, wird komfortabel angenommen. Nein zum bilateralen Weg sagen nur die Kantone Tessin und Schwyz. Aus Rücksicht auf die Wirtschaft bekämpft die SVP die Verträge nicht. Das Argument, dass sich die Schweiz den Entwicklungen in der EU nicht verschliessen dürfe, obsiegt gegen die von den

Schweizer Demokraten geschürte Angst vor einer starken Einwanderung.

### 4. März 2001:

**«Ja zu Europa» 76,9% Nein**  
 Stimmbeteiligung: 55,3 Prozent  
 Die Initiative, die sofortige Beitrittsverhandlungen mit der EU verlangt, wird für die Europhilen zum Desaster. Im Gegensatz zur EWR-Abstimmung stimmt auch die Romandie wie auch die Deutschschweiz und das Tessin Nein. Seit dem Totalabsturz der Europa-Initiative ist der EU-Beitritt für FDP und CVP auf Jahre hinaus kein ernsthaftes Thema mehr.

### 10. Juni 2001:

**Bewaffnete Auslandsätze 51,0% Ja**  
 Stimmbeteiligung: 41,9 Prozent  
 Den Befürwortern gelingt es, in einem hochemotionalen Abstimmungskampf den Sicherheitsaspekt gegenüber dem Öffnungsaspekt der Vorlage in den Vordergrund zu rücken. Für die im Alleingang kämpfende SVP ist der hohe Nein-Stimmen-Anteil trotzdem ein Erfolg.

### 3. März 2002:

**Uno-Beitritt 54,6% Ja**  
 Stimmbeteiligung: 57,4 Prozent  
 Die Angst vor der politischen Isolierung gilt als Hauptgrund für das recht klare Ja zum Beitritt zur Uno, der inzwischen alle Staaten der Welt angehören. Im Vergleich zur Uno-Abstimmung von 1986, als der Beitritt abgelehnt wurde, hat in der Neutralitätsfrage, die von der SVP erneut als Hauptargument gegen den Beitritt angeführt wird, ein Umdenken stattgefunden. Während das Volksmehr klar ausfällt, wird die Hürde Ständemehr nur ganz knapp genommen: 12 Stände sagen Ja, 11 Nein. (soh/paf)

## OHNE JA ZUR PERSONENFREIZÜGIGKET WIRD SCHENGEN-BEITRITT KAUM GÜLTIG

# Schengen nicht im Trockenen

Ein Ja zur Personenfreizügigkeit ist laut dem Schweizer EU-Botschafter in Brüssel, Bernhard Marfurt, Voraussetzung, dass die Schweiz dem Schengen-Dublin-Abkommen tatsächlich beitreten kann. Juristisch besteht laut Marfurt zwar kein direkter Zusammenhang. Die EU liess aber durchblicken, dass die Ratifizierung des Abkommens durch den Ministerrat, die einstimmig erfolgen muss, erst nach der Abstimmung zur Personenfreizügigkeit im September erfolgen wird – und nach einem Nein ist es laut Marfurt politisch ausgeschlossen, dass die EU die Schengen-Assoziation der Schweiz ratifizieren wird.

In der momentan krisengeschüttelten EU wird das Ja der Schweiz zu Schengen/Dublin als kleiner Lichtblick empfunden. Nicht dass der EU sehr viel am Schweizer Schengen-Beitritt gelegen wäre – dieser war schliesslich

ein Wunsch der Schweizer Regierung. Aber der Katzenjammer nach den Verfassungsreferenden in Frankreich und Holland ist offenbar so gross, dass selbst das Schweizer Schengen-Ja als Strohhalm erhalten muss: Er hoffe, das Schweizer Votum sei ein gutes Zeichen für die EU-interne Diskussion und für die Länder, welche die Verfassung noch nicht ratifiziert haben, erklärte Luc Frieden, Vertreter der luxemburgischen EU-Ratspräsidentschaft.

Nüchterer fiel die gemeinsame Erklärung des EU-Justizkommissars Franco Frattini und der EU-Aussenkommissarin Benita Ferrero-Waldner aus: Die Ratifizierung der Abkommen sei «ein wichtiger Schritt in den Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union». Und: «Wir hoffen, dass sich das Schweizer Volk bei der Abstimmung am 25. September auch für die Ausdehnung

des Abkommens über die Personenfreizügigkeit aussprechen wird, die sich aus der Erweiterung der Union im vergangenen Jahr ergibt.»

## Zufriedene Nachbarn

Österreich, Deutschland und Frankreich begrüssten gestern den Entscheid der Schweiz in offiziellen Stellungnahmen. So gratulierte der österreichische Vizekanzler Hubert Gorbach der Schweizer Bevölkerung zu ihrem «weisen Votum». Die Schweizer hätten erkannt, wie wichtig neben der Reisefreiheit auch eine koordinierte Asyl- und Ausländerpolitik sei. Das Ja ist für Gorbach zudem ein «bedeutsamer Schritt für die Schweiz in Richtung einer Mitgliedschaft in der Union». Aus Paris hiess es, das Ja der Schweizer bedeute «einen der wichtigsten bilateralen Fortschritte». Ein Diplomat sprach von einer «wichtigen Verstärkung

der Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit». Im deutschen Innenministerium wurde die «souveräne Entscheidung» der Schweiz sehr begrüsst.

Europaabgeordnete wiederum äusserten sich ähnlich überschwänglich wie Ratspräsidentenschafts-Vertreter Frieden. «Danke, Schweiz», erklärte die Engländerin Diana Wallis (Liberales). Der Österreicher Herbert Boesch (SP) betonte, das Projekt Europa sei nach wie vor attraktiv. Froh sei er auch, dass die fortschrittlichen Kräfte in der Schweiz für einmal die Oberhand gewonnen hätten. Boesch rief aber auch zu Wachsamkeit auf: Bei der Umsetzung der Schengen-Dublin-Abkommen müssten die Parlamente, auch in der Schweiz, vorsichtig sein und den EU-Regierungen und den Bürokraten auf die Finger schauen.  
 Marianne Truttmann, Brüssel